

Das Chaos hat System:

Ein Jahr Ukraine-Verhandlungen zwischen den USA und Russland

Europa steht vor einem Dilemma: Die Vereinigten Staaten sind nicht länger bereit, sich bedingungslos für die Verteidigung Europas einzusetzen oder die internationale Rechtsordnung aufrechtzuerhalten. In den Verhandlungsrunden mit den ausgebufften Verhandlungsprofis Moskaus vertreten sie weder die Interessen Europas noch die der Ukraine. Andererseits verfügt nur Washington über die militärische Macht, Russland wirksam abzuschrecken. Für Europa gibt es daher derzeit keine Alternative zum bisherigen Kurs, die USA bündnispolitisch bei der Stange zu halten.

Gleichzeitig kann und muss Europa mehr selbst tun. So sind die wirtschaftspolitischen Druckmittel zur Unterbindung von Sanktionsumgehungen durch Drittstaaten bei Weitem nicht ausgeschöpft. Das jetzt beschlossene energischere Vorgehen gegen Moskaus Schattenflotte von Öltankern ist richtig, kommt aber viel zu spät. Europa benötigt zudem einen neuen Ansatz für die militärische und verteidigungspolitische Zusammenarbeit – bis hin zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Rahmen einer „Koalition der Willigen“, unter Einbindung des Vereinigten Königreichs und Kanadas.

Bei einem künftigen Friedensschluss zur Ukraine steht nichts Geringeres als die europäische Sicherheitsordnung auf dem Spiel. Ob eine Wiederbelebung einer europäischen Sicherheitsordnung auf der Grundlage des Völkerrechts gelingt, wird entscheidend von Europa abhängen.

1. US-russische Verhandlungen über die Ukraine mit schwacher Jahresbilanz

Die Bilanz eines Jahres von Gesprächen zwischen Washington und Moskau zur Beendigung des Kriegs gegen die Ukraine ist schwach. Die Verhandlungsposition der Ukraine hat sich seit *Trump II* nicht verbessert, sondern erheblich verschlechtert. Auf dem Tisch liegen soll ein aus mehreren Dokumenten bestehendes Friedens- und Wirtschaftspaket, aufbauend auf einem „20-Punkte-Plan“ von Ende Dezember.¹ Letzterer ist eine teilweise entgiftete Fassung des im November bekannt gewordenen skandalösen 28-Punkte-Plans der USA. Der hatte in weiten Teilen die Kriegsziele Putins bedient. Die Dokumente (Stand Ende Januar) spiegeln den teilweisen Konsens mit den USA wider, den die Europäer und Ukrainer nach ihrem massiven Widerspruch gegen die

¹ Zelensky reveals full 20-point peace plan draft backed by Ukraine, US. In: 'The Kyiv Independent', 24.12. 2025. <https://kyivindependent.com/zelensky-reveals-20-point-peace-plan-draft-backed-by-ukraine-us/>

„28 Punkte“ erreicht hatten. Sie bilden einen - angesichts der Sprunghaftigkeit Trumps allerdings volatilen - Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen mit Moskau.

Von den USA und Europa unterschiedlich bewertet bleibt vor allem die territoriale Frage, also ob Russland eine politisch-militärische Kontrolle der bisher nicht von Moskau besetzten Teile des Donbas eingeräumt werden soll. Die USA, die hier Putin entgegenkommen wollen, würden damit Moskau ein Einfallstor ins Kernland der Ukraine eröffnen. Dreh- und Angelpunkt auch für die Sicherheit Europas wird der sicherheitspolitische Status der Ukraine nach Kriegsende sein. Selenskyj hatte im vergangenen Jahr dem Druck Trumps nachgegeben und Bereitschaft zum bedingten Verzicht auf das in der ukrainischen Verfassung verankerte Streben nach NATO-Mitgliedschaft erklärt. Stattdessen sind Sicherheitsgarantien im Gespräch, die analog zur Beistandsverpflichtung unter Artikel 5 des NATO-Vertrags Moskau von einem erneuten Angriff auf die Ukraine abschrecken sollen. Entscheidend für ihre Wirksamkeit werden vor allem eine direkte Beteiligung der USA, eine voll umfängliche elektronische Überwachung der Waffenstillstandslinie und Stationierung von NATO-Truppen auf ukrainischem Boden sein.

Derzeit deutet aber nichts darauf hin, dass Putin zu einem Stopp der Aggression bereit wäre. Trotz intensiver Gesprächsprozesse mit Washington verschärft Moskau seine Angriffe am Boden entlang der Frontlinie und bombt die Menschen mit brutalen Luftschlägen gegen die Energie-Infrastruktur im eiskalten Winter in Kälte und Dunkelheit. Putin wird weiter Krieg führen, solange er damit rechnen kann, sein Ziel der totalen Unterwerfung der Ukraine und Einschüchterung der Europäer militärisch erzwingen zu können. Die Gespräche mit Washington nutzt er bis auf Weiteres als willkommene Kulisse, um sich als friedens- und verhandlungsbereiter „Partner“ auf Augenhöhe mit den USA zu inszenieren und die Ukraine, zunehmend aber auch die Europäer, als Friedensgegner zu denunzieren – nicht ohne Resonanz bei Europas rechtspopulistischen Parteien.

Trump war im Januar 2025 mit dem Versprechen angetreten, als „Präsident des Friedens“ eine zügige Einstellung der Kampfhandlungen bewirken zu können. Dafür griff er den abgerissenen Gesprächsfaden mit Putin wieder auf, obwohl der russische Präsident zu keiner Zeit zu einem Frieden jenseits einer bedingungslosen Kapitulation und politischen Unterwerfung der Ukraine bereit war.

Für die Einladung Russlands an den Verhandlungstisch durch Trump zahlen Ukrainer und Europäer einen doppelten Preis. Das exklusive Verhandlungsformat zwischen engen Vertrauten beider Präsidenten erfüllt den Wunsch Putins nach diplomatischer Rehabilitation Russlands, lässt die Ukraine und die Europäische Union aber außen vor. Immerhin ist es positiv, dass die Ukraine (und hochrangige Vertreter des Militärs und militärischer Geheimdienste) bei den jüngsten Gesprächen in Abu Dhabi, die sich aber

weitgehend auf technische Fragen und Gefangenenaustausch beschränkten, mit am Tisch saßen.

Auch inhaltlich kommt die Position Washingtons den russischen Kriegszielen weit entgegen. Für Trump scheint, ausgehend von seiner offensichtlichen Grundsympathie für Putin, alles verhandelbar zu sein. Seine handlungsleitenden Motive sind die Bestätigung seines Selbstbilds als Friedensstifter und Erschließung neuer Geschäftsmöglichkeiten für die US-Wirtschaft. Er geriert sich als außenstehender „Vermittler“, obwohl die USA immer noch zentrale Achse der transatlantischen Allianz sind.

Die Ukraine und die Europäer, vertreten durch eine u.a. von Deutschland, Frankreich und Großbritannien angeführte „Koalition der Willigen“, werden durch das erratische Vorgehen Trumps immer wieder zum Eingreifen gezwungen. Unter Einsatz einer Unmenge an Zeit und Energie gelingt es ihnen, ein irreversibles Abdriften Washingtons zu verhüten. Mit dem Berliner Gipfel am 14./15. Dezember 2025 und einem hochrangigen Treffen in Paris mit US-Beteiligung am 6. Januar in Paris² ergreift Europa die Initiative und bringt eine „multinationale Truppe für die Ukraine“ und einen Mechanismus zur Überwachung eines Waffenstillstands unter Ägide der USA ins Spiel. Die Unterstützer der Pariser Erklärung, darunter auch die USA, stellen zur Absicherung des Waffenstillstands „bindende Verpflichtungen“ in Aussicht, die auch die Anwendung militärischer Mittel einschließen sollen. Einzelheiten dazu sind nicht bekannt.

Indessen schließt Russland die Stationierung von NATO-Truppen in Grenznähe oder gar innerhalb der Ukraine ausdrücklich aus. Dazu kommt, dass die USA selbst nach Kräften dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit möglicher eigener Garantiezusagen auszuhöhlen. Trumps übergriffige Gebietsansprüche auf Grönland oder die Herabwürdigung der regelbasierten internationalen Ordnung als „Wolkenkuckucksheim“ (in der *National Defense Strategy* vom 23. Januar)³ untergraben die transatlantische Allianz.

Der völkerrechtswidrige Angriff der USA auf Venezuela und das Getöse um Grönland sind Steilvorlagen an Putin. Indirekt legitimieren sie die Herrschafts- und Dominanzansprüche Russlands im postsowjetischen Raum – spiegelbildlich zum Vorgehen Trumps in der den USA vorbehaltenen „westlichen Hemisphäre“ um Nord- und Südamerika (so die *National Security Strategy* vom November 2025).

Vor diesem Hintergrund sind wir von einem gerechten Frieden weit entfernt, der mindestens gründen sollte auf

- der Bestätigung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine;

² *Paris Declaration* – ‘Robust Security Guarantees for a Solid and Lasting Peace in Ukraine’, issued by France. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/01/06/robust-security-guarantees-for-a-solid-and-lasting-peace-in-ukraine-statement-of-the-coalition-of-the-willing-issued-by-france/>

³ Wörtlich als „cloud-castle abstraction“.

- Festlegung des aktuellen Frontverlaufs als Kontaktlinie für den Waffenstillstand unter kategorischem Ausschluss eines völkerrechtlich verbindlichen Gebietsabtritts;
- soliden und rechtlich bindenden Sicherheitsgarantien.⁴

Im Folgenden soll ein kurzer Blick zurück auf ein Jahr Verhandlungsgeschichte geworfen werden. Er wird zeigen, wie nahe sich Trump und Putin in ihrem Verständnis von Herrschaft, Macht und geopolitischen Einflussräumen stehen: Das Analogon zu Trumps „westlicher Hemisphäre“ ist Putins „russische Welt“. Daher überrascht nicht, dass der 28-Punkte-Plan der USA, selbst wenn er ganz oder teilweise in Moskau verfasst sein sollte, genuines Denken der Trump-Administration widerspiegelt. Der anschließende Vergleich der *National Security Strategy* mit dem *Außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation* fördert die hohe Affinität im strategisch-ideologischen Bereich zutage – ein Befund, den ein Blick in die am 23. Januar veröffentlichte *National Defense Strategy* der USA bestätigt.

Vor diesem Hintergrund sind jetzt folgende Fragen besonders dringlich: Wie glaubwürdig sind künftige US-Sicherheitsgarantien zur Absicherung eines Waffenstillstands oder „Peace Deal“ angesichts der geostrategischen Wahlverwandtschaft Trumps mit Putin? Welche Handlungsspielräume und -optionen bleiben Europa – „ohne, mit oder gegen die USA“⁵?

2. Fatales Drängen auf den „Deal“: Der 28-Punkte-Plan der USA

Die **grundlegenden US-Vorstellungen** zu Territorialfragen, NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Sicherheitsgarantien hatte Trump schon sehr früh, am 12. Februar 2025, durch „Kriegsminister“ Hegseth bei einem Treffen der *Ukraine Defence Contact Group* der NATO in Brüssel erläutern lassen. Schon dieser erste Aufschlag kommt Putins Maximalforderungen⁶ weit entgegen:

- Keine Rückkehr der Ukraine zu den Grenzen von vor 2014 (Putin: *Anerkennung der Krim, der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk sowie der Regionen Cherson und Saporischschja als Staatsgebiet der Russischen Föderation*);
- keine NATO-Mitgliedschaft (*neutraler, blockfreier, atomwaffenfreier Status der Ukraine, ihre Entmilitarisierung und Denazifizierung*);

⁴ Einschließlich eines Artikel-5-analogen Mechanismus mit Beteiligung der USA, Überwachung des Waffenstillstands und militärischer Unterstützung der Ukraine.

⁵ Vgl. Sabine Fischer/Margarete Klein/Janis Kluge: ‚Russlandpolitik ohne, mit oder gegen die USA? Was geht und was nicht geht.‘ In: Barbara Lippert / Stefan Mair (Hg.), ‚Mit, ohne, gegen Washington: Die Neubestimmung der Beziehungen Europas zu den USA‘, SWP-Studie 3, Berlin Januar 2026, 31-35.

⁶ Putin hatte diese direkt an Kyjiw gerichteten Forderungen am 14. Juni 2024, dem Vorabend der internationalen Ukraine-Konferenz auf dem Schweizer Bürgenstock (15./16. Juni), die von Russland boykottiert wurde, bei einer Konferenz im russischen Außenministerium vorgetragen. Die kursiv wiedergegebenen Aussagen Putins beruhen auf dieser Quelle. <http://www.kremlin.ru/events/president/news/74285>

- stärkere Beteiligung Europas an der finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine (*kein Anspruch auf Erstattung von Kriegsschäden*);
- Keine Stationierung von US-Truppen bzw. US-Peacekeeper in der Ukraine (*keine Stationierung ausländischer Truppen oder militärischer Infrastruktur in der Ukraine*);
- kein *Peacekeeping* unter NATO-Kommando (s.o.).⁷

Damit gab Trump drei zentrale Verhandlungsziele der Ukraine von Anbeginn preis: Wiederherstellung territorialer Integrität, Option einer NATO-Mitgliedschaft und Stationierung von US-Truppen zur Verhinderung erneuter Angriffe Russlands. Nicht im Ansatz ist das Bemühen erkennbar, eine den Sicherheitsinteressen der Ukraine und Europas angemessene Verhandlungsposition gegenüber Moskau aufzubauen.

Der erste schriftliche, stichwortartig gefasste US-Vorschlag eines „**Peace Deal**“, den Trumps Gesandter **Steve Witkoff** am 17. April den Europäern in Paris präsentierte,⁸ gründet auf genau diesen Parametern, kommt aber Russland in der Territorialfrage und mit Aufhebung der Sanktionen noch weiter entgegen. Die aus den vorhergehenden Gesprächen mit Russland⁹ und der Ukraine¹⁰ resultierenden zusätzlichen Elemente lassen sich nachvollziehen, ändern aber die ursprünglichen Parameter nicht:

- Stellung „robuster“ Sicherheitsgarantien nicht durch die USA, sondern durch europäische Staaten und „willing non-European states“;
- Beitritt der Ukraine zur NATO wird ausgeschlossen, das Streben nach Mitgliedschaft in der EU dagegen „zugelassen“;
- Völkerrechtliche („de iure“) Anerkennung der Annexion der Krim, „de facto“-Anerkennung der russischen Kontrolle über Luhansk und der von Russland besetzten Teile der Gebiete von Donezk, Saporischschja und Cherson.

Neu ist die Forderung nach einem „ständigen Waffenstillstand“, dessen Parameter und Inkrafttreten (vor, während oder erst nach den Verhandlungen?) aber nicht konkretisiert werden und der daher rein deklaratorisch bleibt. Auch das Versprechen, dass die Ukraine „voll umfänglich wiederaufgebaut und finanziell entschädigt“ werden soll, bleibt ohne Angabe von Umfang der Reparationen und der zahlungspflichtigen Staaten ohne Substanz. Konkret unterlegt mit Vertrag beziehungsweise Absprachen sind allein die Rohstoffkooperation („minerals agreement“) mit der Ukraine und wirtschaftliche Kooperation mit Russland bei Energie und anderen industriellen Bereichen. Ebenfalls

⁷ <https://www.war.gov/News/News-Stories/Article/Article/4064571/hegseth-calls-on-nato-allies-to-lead-europes-security-rules-out-support-for-ukr/>

⁸ *Russia-Ukraine Deal Framework*. <https://www.reuters.com/world/ukraine-peace-deal-proposals-set-out-by-us-talks-paris-2025-04-25/>

⁹ In Riad am 18.2., hier vor allem die Dimension wirtschaftlicher Kooperation und Förderung gemeinsamer bzw. US-Investitionen in Russland.

¹⁰ Im Weißen Haus am 28.2. bei dem skandalösen Gespräch von Trump und Vance mit Selenskyj, welches in das bilaterale Rohstoffabkommen vom 30.4. mündete, und US-ukrainische Delegationsgespräche in Djidda am 13.3. 2025.

unmissverständlich konkret ist der Punkt zur Aufhebung aller seit 2014 gegen Russland verhängten Sanktionen.

Der **28-Punkte-Plan der USA vom November 2025**¹¹ stärkt Putin wieder den Rücken und ist ein weiterer Schlag gegen Selenskyjs Verhandlungsposition. Darüber hinaus erhebt er Anspruch auf US-russischen Zugriff auf die in Europa eingefrorenen russischen *Sovereign Assets* – was die Durchsetzung späterer Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine erschweren und die Europäer an den Rand der Spaltung bringen würde.¹² Der Plan ist eine Fortschreibung des Witkoff-Papiers vom 17. April und lässt sich wie dieser von den Hegseth-Parametern vom 12. Februar leiten. In zentralen Punkten kommt er aber Russland¹³ noch weiter entgegen:

- **Sicherheitsgarantien:** Der Ukraine werden „reliable security guarantees“ in Aussicht gestellt (Pkt, 5). Es bleibt aber offen, wer diese stellen soll, auch die Europäer werden explizit nicht genannt. Davon getrennt (Punkt 10) wird eine nicht definierte „US guarantee“ in den Raum gestellt, wofür die USA eine „Kompensation“ erhalten sollen. Eine deklaratorische Leerstelle, die implizit nur wiederholt, dass die Absicherung des Friedensabkommens nicht Sache der Amerikaner ist und daher den Europäern zufällt. Anders als im Witkoff-Papier ist von Waffenstillstand und Aufnahme von Verhandlungen für dessen Implementierung keine Rede mehr.
- **Geopolitische Dimension:** Stopp der „Expansion“ der NATO im Gegenzug zum Versprechen Russlands, auf die Invasion von „Nachbarländern“ zu verzichten (Punkt 3). Mit Blick auf die Ukraine wird doppelt genäht: Von ihr wird erwartet, ihr konstitutionell verankertes Streben nach NATO-Mitgliedschaft aufzugeben und sich per Verfassung zu verpflichten, niemals dem atlantischen Bündnis beizutreten. Gleichzeitig werden die NATO-Statuten um die Bestimmung ergänzt, die Ukraine niemals aufzunehmen (7).

¹¹ Meldungen, wonach der Plan ganz oder teilweise von Russland verfasst sein könnte, dementierte Außenminister Rubio am 23.11. 2025 mit einem Post auf der Plattform „X“: „The peace proposal was authored by the U.S. ... It is based on input from the Russian side. But it is also based on previous and ongoing input from Ukraine.“

¹² Der ursprüngliche Plan der Europäer, die eingefrorenen russischen Zentralbank-Guthaben in Höhe von rund 210 Mrd. Euro direkt als Sicherheit oder Quelle für Kredite zu nutzen, scheiterte am Widerstand Belgiens als Sitzstaat von *Euroclear*, einem der weltweit größten Clearingsysteme für internationale Wertpapiere, das einen Großteil der russischen *assets* hält. Stattdessen gewährt die EU der Ukraine ein Darlehen in Höhe von 90 Milliarden EUR für die Jahre 2026-2027 auf der Grundlage von EU-Anleihen, an denen sich Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei nicht beteiligen. Die Ukraine muss das Darlehen erst nach Erhalt von Reparationen zurückzahlen. Ob die EU dafür notfalls selbst Zugriff auf das russische Guthaben nehmen kann, ist in Aussicht genommen, aber nicht beschlossen worden. Vgl. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rats vom 18.12. 2025, EUCO 24/25, <https://www.consilium.europa.eu/media/peunwedz/de-20251218-european-council-conclusions.pdf>

¹³ Zum Vergleich mit der Position Moskaus wird hier der neueste umfassende russische Entwurf eines Rahmenabkommens herangezogen. Diesen hatte die russische Seite bei der letzten Verhandlungsrunde mit einer ukrainischen Delegation am 1.6. 2025 in Istanbul übergeben. *Proposals of the Russian Federation (Memorandum) on the Settlement of the Ukrainian Crisis*. <https://solidaritet.dk/wp-content/uploads/2025/06/Ukrainian-and-Russian-memorandum-about-peace-proces-02.0625.pdf>

Eine EU-Mitgliedschaft ist hingegen zulässig (11). Die Stationierung von NATO-Truppen in der Ukraine wird ausgeschlossen (8). Laut Punkt 4 wird ein sicherheitspolitischer Dialog „zwischen Russland und der NATO“ aufgenommen, „vermittelt“ durch Washington (als ob die USA nicht zentraler Teil der NATO wären!). Zusätzlich soll eine US-russische Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Abkommens eingerichtet werden (15). Der Status der Ukraine als Nichtkernwaffenstaat in Übereinstimmung mit dem Nichtverbreitungsvertrag wird festgeschrieben (18).

- **Territoriale Fragen:** Zwar wollen die USA die Krim nicht mehr „de iure“ (wie noch im Witkoff-Papier vom April), sondern „nur“ noch „de facto“ als russisch anerkennen. Dafür stellen sie neben dem Gebiet Luhansk jetzt auch das gesamte Gebiet von Donezk einschließlich seines von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Teils „de facto“ unter international anzuerkennende Hoheit Russlands, auch wenn dieses den Status einer „neutralen demilitarisierten Pufferzone“ erhalten soll. Im Gegenzug soll Russland nicht nur besetzte Teile des Gebiets Charkiv, sondern auch weitere „gemeinsam festzulegende“ okkupierte Territorien zurückgeben. Dieser euphemistisch von Washington so genannte „Gebietstausch“ ist eine Mogelpackung: Die von Moskau freizugebenden Gebietsstücke sind ohne strategische Relevanz, wogegen die Räumung des von der Ukraine noch immer gehaltenen nordwestlichen Teils des Gebiets Donezk eine riesige Bresche in den dort aufgebauten Festungsgürtel um Kramatorsk und Slowjansk schlagen und Tür und Tor für einen russischen Einfall ins ukrainische Kernland öffnen würde. Der Frontverlauf im Süden (in Saporischschja und Kherson) soll dagegen entlang der „de facto“ anerkannten Kontaktlinie eingefroren werden (Punkt 21).
- **Eingriff in die Innenpolitik/Beschneidung der Souveränität der Ukraine:** Neben der Beschneidung der Bündnisfreiheit und dem Octroi einer Verfassungsänderung zum Ausschluss eines NATO-Beitritts (s. oben)¹⁴ fordert der 28 Punkte-Plan eine Begrenzung der ukrainischen Truppenzahl auf 600.000 (Pkt. 6), greift russische Forderungen zu obligatorischer „Denazifizierung“ und Schutz russischsprachiger Minderheiten auf (20) und postuliert die Abhaltung von Neuwahlen „binnen 100 Tagen“.
- **Wirtschaft/Wiederaufbau:** Während der Ukraine Hilfe zum Wiederaufbau nur in vagen, vor allem nicht mit konkreten Finanzierungszusagen unterlegten

¹⁴ Ein Verzicht der Ukraine auf ihr in der ukrainischen Verfassung (Präambel) verankertes Streben nach NATO-Mitgliedschaft setzt eine Verfassungsänderung voraus, die von der Rada nicht unter Kriegsrecht beschlossen werden dürfte (Art. 157). Änderungen des Staatsgebiets der Ukraine erfordern die Zustimmung der Bevölkerung im Rahmen eines Ukraine-weiten Referendums (Art. 73).

Formulierungen in Aussicht gestellt wird (Pkt. 12), gibt es eine Reihe konkreter Zusagen an Russland, insbesondere dessen Reintegration in die Weltwirtschaft durch Aufhebung der Sanktionen, langfristige wirtschaftliche Kooperation mit den USA und Aufnahme in die Gruppe der Industriestaaten, die von G7 wieder zur G8 würde. Dazu sollen 50% des Stroms des Kernkraftwerks Saporischschja an Russland gehen, das unter Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) gestellt werden soll (19). Die für die Ukraine schädlichste Bestimmung betrifft die **eingefrorenen russischen Vermögenswerte**, deren Großteil in einen US-russischen Investitionsfonds fließen soll. Nur 100 Mrd. blieben für Wiederaufbau und Investitionen in der Ukraine übrig, wovon die USA 50% der Gewinne für sich selbst reklamieren.

Zusammengefasst kommt Trump mit diesem Papier Putin bisher am weitesten entgegen:

- in der Territorialfrage (Preisgabe der gesamten Region Donzek einschließlich des von den ukrainischen Streitkräften gehaltenen Teils),
- beim Zugriff auf eingefrorene russische Vermögenswerte, die dem Zweck einer direkten Entschädigung der Ukraine entzogen werden,
- mit zweifacher Verhängung des NATO-Banns über die Ukraine (Änderung der NATO-Statuten *und* der Verfassung der Ukraine),
- durch Errichtung eines russisch-amerikanischen „Kondominiums“ über die Ukraine zur Überwachung des Waffenstillstands,
- durch den Stopp künftiger NATO-Erweiterung – was geopolitisch weit über die Ukraine hinausweist,
- mit Distanzierung der USA vom atlantischen Bündnis durch Bereitschaft zur Übernahme einer Vermittlerrolle zwischen der „NATO und Russland“, als ob die USA nicht Teil der NATO wären.

Fazit: Von Anfang an tritt bei Trump das Streben nach schnellem Kriegsende zutage, das Washington durch opportunistisches Nachgeben gegenüber den russischen Forderungen zu fördern meint. Dagegen spielen die Sicherheitsinteressen der Ukraine und Europas im US-Kalkül keine erkennbare Rolle. Im Verlauf des Jahres nähert sich die US-Position ohne erkennbaren militärischen Grund immer stärker den Maximalforderungen Putins an. Die substanziellen US-Konzessionen im 28-Punkte-Plan gehen vor allem auf neue russische Forderungen zurück, die Moskau im März 2025 öffentlich verkündet hatte, und zwar erst *in Reaktion* auf Trumps Nachgiebigkeit und in der Erwartung, bei dem als „pro-russisch“ wahrgenommenen neuen US-Präsidenten durch Maximalforderungen noch mehr Zugeständnisse herauszuschlagen.¹⁵ Erst *durch*

¹⁵ Vgl. Céline Marangé, ‘Russia against the European Security Order: From Contestation to Coercion’. In: Céline Marangé and Susan Stewart (eds.), ‘The Tipping Point: An Emerging Model of European Security with Ukraine and without Russia’. SWP Research Paper 5, Berlin, November 2025, 9-15, hier 14: “In March 2025, after Donald Trump’s openings and concessions, additional conditions were set: Before contemplating a

bzw. seit Trump hat sich Putins Haltung deutlich verschärft, weil er guten Grund zu der Annahme hat, damit taktisch bei der jetzigen Administration „durchzukommen“.

Für die **Europäer** ist die Bilanz des Jahres 2025 ernüchternd. Nur dank massiven persönlichen Engagements und hohen Einsatz von politischem Kapital, Bildung einer „Koalition der Willigen“, Vorbereitung von Sicherheitsgarantien, wiederholten Blitzreisen nach Washington sowie Ausrichtung des Berliner Ukraine-Gipfels am 14./15. Dezember 2025 und des Pariser Treffens am 6. Januar 2026 (vgl. S. 2) gelingt es ihnen, die meisten „Giftzähne“ aus den 28 Punkten zu ziehen. Wie es in den US-russischen Verhandlungen, jetzt in Abu Dhabi, weitergeht, bleibt abzuwarten. Immerhin haben jetzt auch die Ukrainer einen Platz am Tisch und es sind hochrangige Militärs beteiligt, was für ein Mindestmaß an Professionalität sprechen sollte.

Gibt es neben Trumps bekanntem Drängen auf einen schnellen „Deal“ mit Russland, um den Friedensnobelpreis zu erhalten und wirtschaftliche Gewinne abzuschöpfen, tiefer liegende ideologische oder strategische Gründe für die US-Willfährigkeit gegenüber Moskau? Ein Vergleich der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA (November 2025) mit russischen Strategiepapieren belegt die starke **Affinität** im strategischen Denken Moskaus und Washingtons.

3. Der gemeinsame Traum von der neuen Großraumordnung: Trumps „westliche Hemisphäre“ und Putins „russische Welt“

Conversation on X

Elon Musk: “The EU should be abolished and sovereignty returned to individual countries, so that governments can better represent their people.”¹⁶ Dmitry Medvedev: “Exactly.”¹⁷

Russland und die USA unter Trump sind sich in grundlegenden weltpolitischen Fragen einig: Sie betrachten sich als Großmächte mit eigener Hemisphäre (Russland: postsowjetischer Raum, USA: die amerikanischen Kontinente/Monroe-Doktrin), für die sie exklusive Zugriffsrechte beanspruchen. Beide sind Gegner des europäischen liberalen Modells. Auf Europa und die Europäische Union blicken sie als angeblich dekadente, von Migrationsströmen zur Unkenntlichkeit verfremdete und „zivilisatorischer Erosion“ gezeichnete Region herab. Es ist daher nur folgerichtig, dass in der Sicherheitsstrategie der USA vom November 2025 Russland nicht mehr als

ceasefire, Moscow now required ‘security guarantees’ for itself, the lifting of sanctions, the dropping of all legal proceedings for war crimes, the return of Russian frozen assets, and the recognition of Russian sovereignty over all occupied territories within their administrative borders.” https://www.swp-berlin.org/publications/products/research_papers/2025RP05_TippingPoint.pdf

¹⁶ Elon Musk, “X”, 6.12. 2025.

¹⁷ Dmitry Medvedev, “X”, 6.12. 2025 (als Kommentar zum Musk-Post).

Aggressor und strategische Bedrohung vorkommt. Das steht in krassem Widerspruch zur gemeinsamen Sicherheitsanalyse des transatlantischen Bündnisses, dem *Strategischen Konzept* der NATO (2022), wonach die NATO-Staaten “Russland als die bedeutendste und direkteste Bedrohung der Sicherheit der Bündnispartner und von Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum“ identifizieren. Davon hat Washington jetzt offiziell Abstand genommen.¹⁸

Russland definiert sich seit 2023 offiziell als „eigenständige Staats-Zivilisation“ (*samobytnoe gosudarstvo-zivilisazija*), als „gewaltige eurasische und euro-pazifische Großmacht“, die „das russische Volk und andere Völker, die die kulturell-zivilisatorische Gemeinschaft der Russischen Welt (*russskij mir*) bilden“, vereine.¹⁹ Der Begriff *gosudarstvo-zivilisazija* steht im politischen Diskurs Russlands als Chiffre für eine imperiale Großmacht mit Ausübung politischer Hoheit über eine gesonderte, die eigenen Staatsgrenzen überschreitende Hemisphäre, in der diese Großmacht alleiniges Bestimmungsrecht genießt.²⁰ Der Begriff beinhaltet auch eine starke anti-westliche Konnotation.²¹ Damit definiert sich Russland nicht in seinen Grenzen als Nationalstaat, sondern bezieht seine Identität als Hegemonialmacht mit Machtanspruch über Staaten mit „eingeschränkter Souveränität“ innerhalb des eigenen Großraums. Putin buchstabiert das in seinem Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“²² aus, indem er dem Nachbarn im Südwesten eine eigene historisch-kulturelle Identität abspricht und die Ukraine auf eine Funktion Russlands reduziert.

Die **US-Strategie** proklamiert die „Wiederherstellung“ amerikanischen Vorrangs in der „westlichen Hemisphäre“ mit dem Ziel, das Heimatland und dessen „Zugang zu den wichtigsten geographischen Gebieten in der Region“ zu schützen. Dabei soll gebietsfremden Rivalen („non-Hemispheric competitors“) die Stationierung jeglicher „Bedrohungskapazitäten“ oder die Kontrolle über strategische Ressourcen verwehrt bleiben.²³ Auch wenn die NSS „Europa“ (Kap. 3C)²⁴ in einem eigenen Abschnitt getrennt

¹⁸ NATO 2022, Strategic Concept, Adopted by Heads of State and Government at the NATO Summit in Madrid, 29 June 2022, 4. <https://www.nato.int/content/dam/nato/webready/documents/publications-and-reports/strategic-concepts/2022/290622-strategic-concept.pdf>

¹⁹ Außenpolitisches Konzept der Russischen Föderation, 31. März 2023, Kap. I,4. Website des Russischen Außenministeriums. <https://www.mid.ru/ru/detail-material-page/1860586/>.

²⁰ Vgl. z.B. Alexej Drobinin, ‘The Vision of a multipolar World: The Civilizational Factor and Russia’s Place in the Emerging World Order’. In: ‘Russia in Global Affairs’, 20.2. 2023. <https://eng.globalaffairs.ru/articles/the-vision-of-a-multipolar-world/>

²¹ So Konstantin Kossatschow, stellv. Vorsitzender des Föderationsrats der Russischen Föderation, in einer Rede vor der XXXI. Vollversammlung des Rats für Außen- und Verteidigungspolitik am 22.5. 2023: „Die Wahl wurde bereits getroffen – zugunsten eines ‚Zivilisationsstaates‘. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet diese Wahl automatisch eine Entscheidung für den ‚Anti-Westen‘.“ <https://svop.ru/projects/assambleya-svop/2023-posle-svo/47076/>

²² Статья Владимира Путина «Об историческом единстве русских и украинцев», veröffentlicht am 12.7. 2021. <http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/articles/66181>

²³ NSS, 15.

²⁴ A.a.O., 25-27. Alle im Folgenden angeführten Zitate aus der NSS stammen aus diesem Textabschnitt.

von der „Westlichen Hemisphäre“ (Kap. 3A) abhandelt²⁵, nimmt die Strategie explizit Bestimmungs- und Mitspracherechte der USA in grundlegenden inneren wie äußeren Angelegenheiten des alten Kontinents in Anspruch. Begründet wird das paternalistisch mit der Besorgnis über ein angeblich von schweren Krisen geplagtes Europa mit wirtschaftlichem Abstieg, zivilisatorischer Dekadenz, kultureller Verfremdung durch ungezügelter Zuwanderung, Beschneidung der Souveränität und Freiheit von Nationalstaaten durch „transnationale Organisationen“ (gemeint ist die EU) und den Verlust nationaler Identität. Die USA wollten, dass „Europa europäisch bleibt“, sein „zivilisatorisches Selbstbewusstsein“ wiedergewinne und seine „gescheiterte Fokussierung auf regulatorische Strangulierung“ aufgebe. Washington trete ein für „genuine democracy, freedom of expression, and unapologetic celebrations of European nations’ individual character and history“.

Was den Krieg gegen die Ukraine angeht, unterstellt die Strategie den Vertretern der „instabilen Minderheitsregierungen“ Europas „unrealistische Erwartungen“. Diese stünden im Widerspruch zum Friedenswunsch einer „breiten Mehrheit in Europa“, den die Regierungen aber nicht zum Zuge kommen ließen, weil sie Grundprinzipien der Demokratie mit Füßen träten. Vor diesem Hintergrund gelte es, Widerstand gegen den aktuellen politischen Kurs Europas zu mobilisieren, vor allem durch die Unterstützung „patriotischer“ europäischer Parteien.

Damit ruft die Trump-Administration unverhohlen zur Einmischung in innere Angelegenheiten Europas auf und proklamiert kaum verhüllt das Ziel eines *regime change*. Als Zielvorstellung ergibt sich ein Europa mit autoritär regierten, russland- (und natürlich Trump) -freundlichen souveränen Nationalstaaten, die ihre supranationalen Integrationsschritte (EU) rückgängig machen. Mit dem angeblichen Unwillen der Europäer zum Frieden mit Russland legitimieren die USA ihre Rolle als „Friedensstifter“, um den Krieg schnellstmöglich zu beenden. Ziele seien unter anderem die Wiederherstellung „strategischer Stabilität mit Russland“ und ein Ende der ständigen Erweiterung der NATO („ending the perception, and preventing the reality, of NATO as perpetually expanding alliance“).

An dieser Stelle wird die US-Sicherheitsstrategie zur offenen Misstrauenserklärung gegen Europa und die Europäische Union (die übrigens mit keinem Wort direkt erwähnt wird). Mit der Diffamierung Europas und der EU stößt Trump in das gleiche Horn wie Putin, der im Juli 2024 behauptete:

Die Gefahr für Europa kommt nicht von Russland. ... Europa wird zunehmend an den Rand der globalen wirtschaftlichen Entwicklung gedrängt, in das Chaos der Migration

²⁵ Die „westliche Hemisphäre“ wird als „Trump-Konsequenz aus der Monroe-Doktrin“ („The Trump Corollary to the Monroe Doctrine“) bezeichnet und suggeriert damit eine Beschränkung auf den amerikanischen Kontinent, die aber in den Ausführungen über Europa nicht eingehalten wird.

und anderer akuter Probleme gestürzt, der internationalen Subjektivität und kulturellen Identität beraubt.²⁶

Auch Putin unterstellt Europas Regierungen Unwillen zum Frieden – mit einem Seitenhieb gegen die Biden-Administration, der Trump gefallen dürfte:

Alle glaubten, sie würden Russland in kurzer Zeit zerstören und zerschlagen. Und Europas kleine Schweinchen schlossen sich sofort den Machenschaften der vorherigen amerikanischen Regierung an in der Hoffnung, vom Zusammenbruch unseres Landes zu profitieren.²⁷

Moskaus Diffamierung Europas, die nach dem Amtsantritt Trumps im Januar 2025 auf die Dämonisierung der USA folgte, trieb Außenminister Lawrow jüngst auf die Spitze, indem er Europa vorwarf, die US-Verhandlungen mit Russland böswillig zu hintertreiben. Die Ursache dafür liege in einer Wiederauferstehung des „Nazismus“ in Brüssel, Berlin, London, Paris und den baltischen Staaten:

Blatant Nazi-like approaches, blatant ignoring of what the Nazi regime is committing in Ukraine, which is a copy of Adolf Hitler's actions and those of Napoleon before him. ... At present Europe – and Biden's administration until recently – is trying to do exactly the same – to bring together all European countries, pump Ukraine with money and weapons and give it a Nazi flag.²⁸

Vor diesem Hintergrund wundert nicht, dass Lawrow die neue US-Sicherheitsstrategie explizit dafür lobt, Europa in die Schranken zu weisen und es davon abzuhalten, anderen Staaten seine liberale Lebensweise aufzudrängen.²⁹ Putin preist die Strategie dafür, Russland nicht mehr als Gegner auszuweisen, wobei er spöttisch darauf hinweist, dass im Gegensatz dazu der NATO-Generalsekretär noch im Begriff sein, „den Krieg mit uns vorzubereiten“.³⁰ Die neue Sicherheitsstrategie entspreche weitgehend der Sichtweise Russlands und gebe Anlass zur Hoffnung, die Zusammenarbeit mit Washington bei der „Suche nach einer friedlichen Lösung für die Ukraine“ fortzusetzen. Dagegen zeige Europa derzeit keine Bereitschaft zum Dialog mit Russland. Dafür werde wahrscheinlich ein „Wechsel der politischen Eliten in Europa“ nötig sein.³¹

²⁶ Rede des Präsidenten der Russischen Föderation W.W. Putin anlässlich der Begegnung mit der Leitung der Russischen Außenministeriums, Moskau, 14. Juli 2024. https://mid.ru/en/foreign_policy/news/1957107/?lang=ru

²⁷ W.W. Putin, Jahrespressekonferenz „Ergebnisse des Jahres 2025“, 19. Dezember 2025.

<http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/statements/78815>. Die Textstelle wörtlich:

«Все полагали, что за короткий период времени Россию они разрушат, развалят. А европейские подвинки тут же включились в эту работу прежней американской администрации в надежде пожить на развале нашей страны».

²⁸ Foreign Minister Sergey Lavrov's interview with the Islamic Republic of Iran Broadcasting media corporation, Moscow, December 14, 2025. <https://en.interaffairs.ru/article/foreign-minister-sergey-lavrovs-interview-with-the-islamic-republic-of-iran-broadcasting-media-corp/>

²⁹ S. Lawrow, a.a.O.: “A lot has been said of late about the new US National Security Strategy. One of its major purposes is to make Europe know its place and to prevent it from imposing its liberal ways that it has been proud of and cooperated with the US democratic administrations in promoting them for decades for decades; ...”

³⁰ W. Putin, a.a.O.

³¹ A.a.O.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die in weiten Teilen deckungsgleichen „Friedenspläne“ des US-russischen Zweckbündnisses mit ihrer gemeinsamen Stoßrichtung gegen Europa als Vehikel, um die EU als geopolitischen Akteur, wirtschaftlichen Konkurrenten und regulatorische Ordnungsmacht in Europa in die Schranken zu weisen. Aus unterschiedlichen Motiven, aber getragen von analogen konservativen gesellschaftspolitischen Konzepten, haben die Trump-Administration und Moskau Interesse an einer Stärkung rechtspopulistischer Bewegungen und Schwächung der liberalen Demokratien in Europa. Mit Blick auf die skizzierte territoriale Expansion Russlands auf Kosten der Ukraine tritt eine neue Logik der Großmächte an die Stelle des Völkerrechts. Sie setzt sich über völkerrechtliche Grundregeln wie den Schutz der territorialen Integrität oder das Gewaltverbot hinweg und nimmt Expansions- und Annexionspolitik hin, solange diese sich in der jeweils „eigenen“ Hemisphäre entfalten und die Interessen der anderen Großmacht nicht berühren.

4. Trumps „Hemisphärendoktrin“ und die *National Defense Strategy*

Am 23. Januar wurde die *National Defense Strategy* (NDS) in Washington veröffentlicht. Sie bricht die *National Security Strategy* auf das Rüstungs- und Verteidigungsdispositiv der USA herunter. Für die EU und die Ukraine sind darin vor allem die Schlussfolgerungen zum Verhältnis der USA zu ihren europäischen Verbündeten wichtig. Schon ganz am Anfang, in dem von „Kriegsminister“ Hegseth unterschriebenen Grußwort, wird unmissverständlich klargemacht: Anders als frühere Administrationen stellt die Trump-Administration Amerikaner und ihre Interessen an die erste Stelle, statt an „Wolkenkuckucksheimen“ wie die regelbasierte internationale Ordnung festzuhalten.³²

Daher ist nur folgerichtig, dass die NDS, anders als ihr Vorgängerdokument aus der ersten Trump-Administration von 2018, nicht mehr globale bzw. universelle *defense commitments* formuliert, sondern selektiv vorgeht. Während der Indo-Pazifik, Europa, der Mittlere Osten und die westliche Hemisphäre noch 2018 explizit als gleich schützenswerte Regionen unter dem US-Verteidigungsschirm angesiedelt wurden, fokussiert das aktuelle Strategiepapier ausschließlich auf die USA und den Indo-Pazifik und kündigt den Abbau von US-Präsenz in den anderen Weltregionen an. Europa wird dabei zur dritten Priorität heruntergestuft und rangiert hinter dem US-*Homeland*, der westlichen Hemisphäre und der indo-pazifischen Region. Die Europäer sollen selbst in Führung gehen zur Abwehr von Bedrohungen, die gefährlicher für sie selbst als für die

³² Secretary of War, NDS-2026. *National Defense Strategy. Restoring Peace through Strength. For a New Golden Age of America*. Washington 23.1. 2026, Begleitschreiben VM P. Hegseth, erste Seite. <https://media.defense.gov/2026/Jan/23/2003864773/-1/-1/0/2026-NATIONAL-DEFENSE-STRATEGY.PDF>

USA sind. Außerdem sollen sie generell die Hauptverantwortung für die „konventionelle Verteidigung“ übernehmen – mit „critical but more limited support“ seitens Washington. Eine Definition des Begriffs „critical“ bleibt das Papier schuldig.³³ Selbst eine derart reduzierte Unterstützung wird nur unter der Bedingung in Aussicht gestellt, dass die Europäer das beim NATO-Gipfel im Juni 2025 vereinbarte Niveau von Verteidigungsausgaben im Umfang von insgesamt 5 % des BIP erreichen. Damit vollzieht die NDS eine Kehrtwende von der früheren unbedingten Partnerschaft zu einem konditionierten *do ut des*-Geschäft.³⁴

Russland wird immerhin, anders als in der *National Security Strategy*, als „anhaltende, aber beherrschbare Bedrohung“ klassifiziert, allerdings primär nicht für die USA, sondern vor allem für die östlichen NATO-Mitgliedstaaten („NATO’s eastern members“). Unausgesprochen wird Russland eine hegemoniale Prärogative im postsowjetischen Raum zugestanden, wofür die Verwendung der russischen Sprachwendung „nahes Ausland“ als Bezeichnung für den postsowjetischen Raum ein verräterisches Indiz ist. Denn diese steht für politisch-militärische Dominanz Russlands: „Russia has also shown that it has the national resolve required to sustain a protracted war in its *near abroad*.“³⁵ Klar davon abgegrenzt wird Europa: Moskau sei nicht in der Lage, einen Anspruch auf „europäische Vorherrschaft“ zu erheben, da der europäische Teil der NATO Russland wirtschaftlich, demographisch und „deswegen“ auch „latent“ an militärischer Stärke überlegen sei. Gleichzeitig wird aber festgestellt, dass Europas globale Wirtschaftskraft zurückgehe, woraus der Schluss gezogen wird, die USA müssten sich auf ihre eigene Verteidigung und die Abschreckung Chinas konzentrieren.³⁶

Auf den Punkt gebracht heißt das:

- In internationalen Beziehungen gilt das Recht des Stärkeren.
- Völkerrechtliche Regeln wie der Schutz territorialer Integrität sind Hirngespinnste.
- An die Stelle des Völkerrechts tritt die gegenseitige Abgrenzung von Interessenssphären, innerhalb derer die jeweils dominierenden Hegemonialmächte freie Hand haben.
- Darüber hinaus verdienen nur wirtschaftlich potente und aufstrebende Regionen, an denen Washington starkes wirtschaftliches Interesse hat, vorrangige militärische Unterstützung der USA – nur wer Washington Gewinn bringt, wird geschützt.

³³ NDS, 19.

³⁴ “... a first-order shift from assured partnership to conditional transaction ...”. In: Simon J. Evenett, *The Unstated Gamble: An Analysis of the 2026 US National Defense Strategy*, 25. January 2026.

³⁵ NDS, 10. Hervorhebung durch Verf.

³⁶ Ebd.

- Europa als „Kontinent im wirtschaftlichen Niedergang“ gehört nicht dazu. Die Ukraine wird als (für Moskau) „nahes Ausland“ der Interessenssphäre Russlands zugeordnet.

5. Der Wert von US-Sicherheitsgarantien und Handlungsoptionen für Europa

Vor diesem ernüchternden Hintergrund fragt sich: Wie viel sind US-Sicherheitsgarantien zur Absicherung eines künftigen Waffenstillstands zwischen Russland und der Ukraine überhaupt wert?

Die Ukrainer und ihre europäischen Unterstützer dürfen sich nicht mit vagen Zusagen abpeisen lassen. Sie müssen auf harte, unverrückbare Taten setzen, insbesondere die Einbindung von US-Militärs in die vorgesehene „Multinational Force for Ukraine“³⁷, zu stationieren auf ukrainischem Boden. Dazu eine verbindliche Zusage der USA (analog zu Art. 5 des Washingtoner Vertrags), russische Waffenstillstandsverletzungen notfalls auch mit US-Waffengewalt zu ahnden. Schließlich die Verpflichtung, die Ukraine nachhaltig und langfristig mit den erforderlichen Kriegswaffen zur effektiven Verteidigung und nachrichtendienstlichen Informationen zu versorgen.³⁸ Um Glaubwürdigkeit und nachhaltig abschreckende Wirkung zu erringen, muss dieses Paket als Teil eines völkerrechtlichen Vertrags vom Senat gem. Art. II, Section 2 der US-Verfassung mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (mindestens 67 Stimmen) ratifiziert werden.

Was kann Europa selbst tun?

Europa steht vor einem tiefen Dilemma. Die USA sind zu einer bedingungslosen Verteidigung Europas und Einsatz für völkerrechtliche Grundregeln nicht mehr bereit. Bei den Gesprächsrunden mit den ausgebufften Verhandlungsprofis Moskaus sind sie nicht nur unsichere Kantonisten, sondern distanzieren sich offen von den Interessen der Ukraine und Europas. Andererseits verfügt aber nur Washington über die militärische Macht, Russland in die Schranken zu weisen. Die europäischen NATO-Staaten werden trotz substanzieller Anhebung ihrer Rüstungsausgaben noch für lange Zeit von den USA militärisch abhängig bleiben. Die Unterstützung mit amerikanischen Artillerie- und Raketenabwehrsystemen, Satelliten (Starlink) und nachrichtendienstlichen Informationen bleibt hoch relevant für die Ukraine.

³⁷ *Paris Declaration* – ‚Robust Security Guarantees for a Solid and Lasting Peace in Ukraine‘, issued by France, 6.1. 2026, Punkt 3. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/01/06/robust-security-guarantees-for-a-solid-and-lasting-peace-in-ukraine-statement-of-the-coalition-of-the-willing-issued-by-france/>

³⁸ In der *Pariser Erklärung* der Koalition der Willigen, Ukraine und Vereinigten Staaten werden „bindende Verpflichtungen“ zur Wiederherstellung des Friedens im Fall eines bewaffneten Angriffs Russlands angekündigt, die auch die Nutzung von „military capabilities“ einschließen sollen (Punkt 4).

Für Europa gibt es daher keine Alternative zum bisherigen Kurs, die USA militärisch und bündnispolitisch bei der Stange zu halten. Gleichzeitig stehen den Europäern aber erhebliche Handlungsmöglichkeiten offen.

Die EU könnte, auch als Teilgruppe gleichgesinnter Mitgliedstaaten, die wirtschaftliche Isolierung Russlands und seiner Helfer z.B. durch die Einführung von Sekundärsanktionen massiv verstärken und damit Sanktionsumgehungen durch Drittstaaten unabhängig von den USA zu großen Teilen unterbinden.³⁹ Bei militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung trägt Europa schon jetzt die Hauptlast. Es kommt darauf an, sie zu verstetigen und aus der Kooperation der Rüstungsindustrie mit der Ukraine stärker symbiotisch zu profitieren, etwa bei Drohnen, als Turbolader für die europäische Rüstungswirtschaft.

Im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit unter Art. 20 EUV sollten gleichgesinnte EU-Mitgliedstaaten so schnell wie möglich die Keimzelle zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufbauen, nach Möglichkeit unter Einbindung von Großbritannien und Kanada. Bei den Verhandlungen mit Moskau muss Europa mit Nachdruck einen ständigen Sitz einfordern. Der EU-Beitrittsprozess der Ukraine ist mit Nachdruck zu fördern, auch wenn, wie von Selenskyj gefordert, eine Terminierung des Beitritts auf das Jahr 2027 als „Teil der Sicherheitsgarantien“ wenig realistisch ist.

Bei einem Friedensschluss zur Ukraine steht nichts anderes auf dem Spiel als die europäische Sicherheitsordnung. Von Europa wird es abhängen, ob wir eine Abgrenzung von Einflussphären mit einer neutralisierten Pufferzone in Mittelosteuropa oder die Wiederbelebung einer europäischen Sicherheitsordnung auf der Grundlage von Völkerrecht und Selbstbestimmung erleben werden.

³⁹ So auch Fischer/Klein/Kluge, a.a.O., 32.